Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 46 (1952)

Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : wie lange noch? ; Amerikas Kriegswirtschaft ; Und das Ende? ; Das politische Programm ; Amerikanische Schwäche ; Europäischer Widerstand

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139622

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wie lange noch? Die Hoffnung, daß in *Korea* auf Jahresende der Waffenstillstand unterzeichnet werden könne, hat getrogen. Beide Parteien, vorab die Nordkoreaner und Chinesen, haben zwar neue Zugeständnisse gemacht, aber sie reichten nicht aus, um die Gegenseite zufriedenzustellen. Den Stein des Anstoßes scheint gegenwärtig besonders die Frage des Gefangenenaustausches zu bilden, dies auch darum, weil die Amerikaner ihre Gegner beschuldigten, sie hätten den größten Teil der von den UNO-Truppen als «vermißt» gemeldeten Soldaten irgendwie verschwinden lassen. Was daran wahr ist, wird schwer festzustellen sein; der «New Statesman» (22. Dezember 1951) macht immerhin darauf aufmerksam, daß normalerweise nur der dritte Teil der «Vermißten» in Gefangenschaft gerät. Man kann sich aber nicht gut vorstellen, daß die Waffenstillstandsverhandlungen überhaupt im Sand verlaufen werden; wenn auch beide Teile Gründe haben, den Krieg bis zu einer klaren militärischen Entscheidung weiterzuführen, so sprechen doch noch stärkere Gründe dafür, den Kampf jetzt abzubrechen und ungefähr den Zustand wiederherzustellen, wie er vor dem 25. Juni 1950 herrschte. Das wäre für die eine wie die andere Seite unbefriedigend, aber gleichzeitig auch eine eindrückliche Lehre: *der Krieg hätte sich nicht gelohnt.* Diese Lektion haben die Nordkoreaner (und alle Kommunisten) nötig; auch Revolutionskriege sind heute nicht mehr zu rechtfertigen. Es haben sie aber namentlich die Amerikaner nötig, die mit ihrem gegenrevolutionären Interventionskrieg die Hauptverantwortung dafür tragen, daß Korea das geworden ist, was es jetzt ist: das am grausamsten verwüstete und ausgeblutete Land der Erde.

Was hatten denn die Amerikaner in Korea zu suchen? Was ging das *sie* an, wenn die Nordkoreaner, mit guten Gründen überzeugt, daß die Südkoreaner — vielleicht mit amerikanischer Hilfe — über kurz oder lang ja doch angreifen würden, den Spieß umkehrten und die Einheit des Volkes im Rahmen des kommunistischen Regimes herstellen wollten? So unsympathisch das den Amerikanern auch sein mochte: sie hatten kein Recht, nun auch in Korea die Rolle des bewaffneten Gegenrevolutionärs zu spielen, so wie sie das — mit ausgesprochenem Mißerfolg — schon in China getan und wie das die Westmächte gegenüber dem revolutionären Rußland nach 1917 versucht hatten. Man kennt die entsetzliche Lage, in welche die gegenrevolutionären Interventionskriege damals das russische Volk gestürzt haben; Korea ist durch den von ein paar wenigen Männern in Washington beschlossenen und ins Werk gesetzten «Befreiungskrieg» in eine womöglich noch ärgere Hölle verwandelt worden. Mit nur allzu berechtigter Entrüstung ruft Charles Favrel, der als Korrespondent des bürgerlich-konservativen «Monde» in Korea

geweilt hat, im «Esprit» (November 1951) den Amerikanern zu: «Sie sind nicht mehr menschlich, meine Herren Amerikaner, ... weil Sie diesen Koreakrieg mit einer Wildheit, einer Schärfe, einer kalten Unempfindlichkeit geführt haben, die die Welt empört und bestürzt hat.» Und Favrel führt an, was er schon früher im «Monde» geschrieben hat:

«Der Beweis ist erbracht, daß das Eingreifen der Vereinigten Staaten (in Korea) mit einer Katastrophe abschließt, die das Land ausgeblutet, entvölkert, ausgehungert, terrorisiert, vernichtet, ruiniert zurückläßt... Die Städte und Dörfer sind zu Staub gemacht, ihre obdachlosen Bevölkerungen unter sich begrabend... Auf 200 Kilometern Front steht Korea in Flammen, Dorf um Dorf, Haus um Haus. Der Befehl ist in aller Form erteilt worden. Er ist durch militärische Notwendigkeiten eingegeben, er stützt sich auf eine Technik, die von den Horden Attilas eingeführt und seither von den Preußen und Russen vervollkommnet worden ist, eine Kriegführung, die sich die Politik der verbrannten Erde nennt. Kein Frieden wird jemals den Blick jener im Todeskampf daliegenden gemarterten Menschen auslöschen, die sich in den Schnee betten, um wortlos zu sterben. Denn dieser Blick ist in seiner pathetischen Größe der gleiche, den das Opfertier auf seinen Henker wirft.»

Verhüte Gott, daß die Schlächterei nun aufs neue angehe! In Korea *muß* nun einmal dem Morden ein Ende gesetzt werden – auch wenn es den Amerikanern schwer fällt, ein Land zu verlassen, in das sie nie hätten eindringen sollen. Sonst ist die Gefahr groß, daß sich an dem ostasiatischen Feuer ein ganzer Weltbrand entzündet.

Amerikas Kriegswirtschaft Natürlich ist man in den Vereinigten Staaten aufs eifrigste bemüht, das Eingreifen in Korea mit allem, was daraus gefolgt ist, wie die ganze aktivistische Weltpolitik Amerikas, von der sein Auftreten in Ostasien ja nur ein einzelnes Stück ist, nach Möglichkeit zu idealisieren. Und in Europa unterstützt man dieses Bemühen immer noch weithin[1]. Allein man muß eben durch den Schlagwort- und Propagandanebel, der planmäßig um die amerikanische Politik herum verbreitet wird, in beharrlicher Anstrengung hindurchstoßen, wenn man zu klarer Sicht auf die wirkliche Sachlage kommen will. Die politischen Geschicke der Vereinigten Staaten werden wirklich nicht von freiheitsbegeisterten, menschenfreundlichen, ja gottesgläubigen Männern und Frauen gelenkt, sondern von den hartgesottenen Interessenten einer Mammonswirtschaft, die ihre eigenen, grausamen Gesetze hat und ihre Diener – oft vielleicht wider ihren Willen – zu immer unmenschlicheren Folgerungen treibt. Der amerikanische Kapitalismus entfaltet ja die ihm – wie dem Kapitalismus ganz allgemein — eingepflanzten Widersprüche immer offenkundiger. Es ist vor allem der Widerspruch zwischen einer rasch wachsenden *Produktionskraft* und der bei weitem nicht damit

[1] Der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» sucht neuerdings (in Nr. 2937) das Losschlagen der Nordkoreaner als «Griff nach *Japan*» hinzustellen, der natürlich habe abgewiesen werden müssen. Die Welt *will* eben betrogen sein!

Schritt haltenden *Kaufkraft der Verbrauchermassen*, der eine immer tragischer werdende Lage schafft. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten erzeugt heute mindestens doppelt soviel Güter wie noch vor zehn Jahren, während das Realeinkommen der amerikanischen Bevölkerung in der gleichen Zeit höchstens um 60 Prozent gestiegen ist. Die schon vor einem Jahrzehnt vorhandene Kluft zwischen Gütererzeugung und inländischem Güterverbrauch hat sich somit noch erheblich erweitert, so daß man heute annimmt, die Bevölkerung der USA müsse alljährlich um 80 Milliarden Dollar mehr konsumieren, wenn ohne andere Auswege die ganze Produktion im Inland abgesetzt werden solle.

Ohne solche «andere Auswege» muß es immer wieder zu Wirtschaftskrisen kommen, und zwar zu Krisen, die immer umfangreicher, schwerer und langwieriger werden. Der letzten großen Krise, in den dreißiger Jahren, suchte Roosevelts New Deal durch gewaltige öffentliche Arbeiten und eine gewisse Neuverteilung des Volkseinkommens (auf dem Wege über Lohnerhöhungen, schärfere Besteuerung usw.) zu begegnen. Solche Reformpolitik wirkt in ihrer Art gewiß heilsam – aber sie hat ihre Grenzen. Das ganze Gefüge der kapitalistischen Wirtschaft mit ihren Eigentumsverhältnissen und inneren Triebkräften verhindert, daß sie das Ziel erreicht, Gütererzeugung und Verbrauch miteinander in Einklang zu bringen. So muß denn ein anderer Ausweg gesucht werden, und er hat sich dem «freien Unternehmertum» von jeher in der Erschließung von Absatzmärkten und Kapitalanlagegebieten im Ausland geboten. Amerika hat diesen Weg – den Weg des Imperialismus – um so hemmungsloser beschritten, als es überzeugt war und ist, daß die Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsform über die ganze Erde allen Völkern Wohlstand und Glück, Frieden und Freiheit bringen werde, und daß auch die politische Beherrschung der von amerikanischem Kapital und amerikanischer Tüchtigkeit durchdrungenen Völker diesen nur zum Segen gereichen könne. Ein eigentlicher imperialistischer Messianismus!

Zwei Umstände haben indessen die friedliche Erfüllung dieses Traums vom «amerikanischen Jahrhundert» bisher vereitelt. Einmal das Auftreten erklärt antikapitalistischer, sozialrevolutionärer Mächte, ja Weltreiche (Sowjetunion, osteuropäische Mittelstaaten, Volksrepublik China), die ohne Gewaltanwendung oder mindestens Gewaltdrohung nicht wieder zum Verschwinden zu bringen sind. Und sodann die Entdeckung, daß die bequemste und einträglichste Art, die heimische Überschußproduktion loszuwerden, darin besteht, sie — nach deutschem und japanischem Muster – in Form von *Militärlieferungen* dem Staat anzuhängen. Dieser Ausweg war schon Ende der dreißiger Jahre so etwas wie die Rettung des amerikanischen Kapitalismus geworden, der trotz New Deal bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges die große Krise niemals ganz überwunden hatte. Er wurde erst recht mit Ungestüm gesucht, als nach der Deckung des vorläufigen Nachholbedarfes in den

Jahren hinter dem zweiten Weltkrieg die Wirtschaftskonjunktur neuerdings abzuflauen drohte[2]. In der Tat haben sich dank dem Korea-Krieg und der forcierten Aufrüstung gegen die «russische Gefahr» die Militärausgaben der Vereinigten Staaten in einem beinahe phantastischen Maß erhöht: von 20 Milliarden Dollar im ersten Halbjahr 1950 auf 60 Milliarden für das laufende Budgetjahr. Die Neuyorker «Monthly Review» (September 1951) sagt nicht zuviel, wenn sie feststellt:

«Für jegliche Stetigkeit und Blüte, die der amerikanische Kapitalismus fertigbringen mag, ist er jetzt völlig auf Kriegsproduktion angewiesen ... Man kann die Gefahren, die dieser Sachlage innewohnen, nicht nachdrücklich genug betonen. Sie flößt der herrschenden Klasse Amerikas eine tiefe Furcht vor dem Frieden ein, weil Frieden für sie Krise bedeutet, Krise aber eine tödliche Bedrohung ihrer Stellung, ihrer Vorrechte, ihrer Verfügungsgewalt über das amerikanische Volk bedeutet. Und wer den Frieden fürchtet, der gewinnt über kurz oder lang Liebe zum Krieg. Genau das geschieht jetzt mit der herrschenden Klasse Amerikas. Darum klammert sie sich an den sinnlosen Krieg in Korea, obschon er nach Maliks Ende-Feuer-Vorschlag innert ein paar Wochen hätte zum Stehen gebracht werden können. Darum hämmert jeder Sprecher der herrschenden Klasse, ob offiziell oder inoffiziell, beständig auf der Behauptung herum, daß jede Hoffnung auf Frieden Illusion sei, daß alle Vorstöße der Sowjetunion, um den Frieden zu sichern (in dem allein eine sozialistische Wirtschaft gedeihen kann), nur Gauklerkünste seien ... Für den Kapitalismus, der ein System von Widersprüchen ist, reift jetzt der umfassendste Widerspruch von allen in den Vereinigten Staaten heran: Der Tod ist das einzige Mittel, mit dem sich das System noch am Leben zu erhalten hoffen kann.»

Und das Ende! Vielen Amerikanern graut schon heute vor dem Ende, das die tolle Rüstungssteigerung nehmen *muß*, sofern sie noch eine Zeitlang weiterbetrieben wird. Andere – und zu ihnen gehört die Mehrzahl der Politiker und Wirtschaftsführer – sind überzeugt, daß die riesigen Rüstungsaufträge das Wundermittel sind, um die Erbkrankheit des Kapitalismus – die Verstopfung des wirtschaftlichen Blutkreislaufs durch unabsetzbare Gütermengen – zu bannen und der amerikanischen Wirtschaft eine mehr oder weniger schrankenlose Ausdehnung mit immer höher steigender Lebenshaltung des Volkes zu erlauben. Und bisher scheint es auch so, als könnten die Amerikaner tatsächlich fast in beliebiger Menge Kanonen *und* Butter haben. Im Jahr 1949 gab es zwar einen kleinen Produktionsrückgang; die Gesamterzeugung blieb um etwa zehn Prozent unter dem Höchststand der Kriegsjahre. Aber um die Mitte 1951 war dieser Höchststand bereits wieder überschritten, und seither geht es anscheinend unaufhaltsam weiter. Die industrielle Ausbeute wächst in einem Tempo, daß eine Verdoppelung des (sogenannten) Volkseinkommens alle fünfzehn Jahre möglich zu werden scheint.

Kein Wunder, daß auch die meisten *Arbeiter* von diesem System entzückt sind. Ob die amerikanischen Lohnverdiener heute im Verhält-

---

[2] Ein demnächst (hoffentlich) herauskommendes Buch von Dr. Natalie Moszkowska (Zürich): «Krise und Krieg», beleuchtet diese Zusammenhänge einläßlich. Einige Gedanken daraus sind in einem Artikel des «Zeitdienstes» (Nr. 1, 1952) verdichtet.

nis zu den Kapitalisten besser dran sind als sagen wir vor fünfzig Jahren, sei hier nicht untersucht; daß sich ihre Lebenshaltung in diesem Zeitraum *absolut* genommen ganz erheblich verbessert hat, daran ist kein Zweifel möglich. Der von der Forschungsstelle für Arbeiterfragen (Labor Research Association) errechnete Index der Reallöhne für Industriearbeiter ist von 100 im Jahr 1899 auf 161 im Jahr 1946 gestiegen. Und diese Bewegung hält weiterhin an. Die Arbeitszeit ist anderseits in derselben Periode wesentlich verkürzt worden. Wir vergessen nicht, daß damit über die tatsächliche Lebenshaltung des amerikanischen Arbeitervolkes – ob genügend oder nicht – noch wenig gesagt ist und daß beispielsweise im Jahr 1949 zehn und ein halbe Million amerikanischer Familien ein Jahreseinkommen von weniger als 2000 Dollar hatten, ein Einkommen also, das als erheblich *unter* dem sozialen Existenzminimum liegend erachtet wird. Aber daran, daß der amerikanische Durchschnittsarbeiter Grund zu der Annahme zu haben glaubt, dank dem «freien Unternehmertum» werde seine Lage von Jahr zu Jahr besser, daran ändern diese Überlegungen und Feststellungen zunächst nichts. Im Verein mit dem Umstand, daß auch der Habenichts in den Vereinigten Staaten immer noch gewisse Möglichkeiten des Aufstiegs in eine höhere Gesellschaftsklasse hat (wenn auch weit geringere als noch vor dreißig, vierzig Jahren), erklärt die fast ununterbrochene Erhöhung seines Lohneinkommens, die der amerikanische Industrie- und auch Landarbeiter nun schon seit Jahrzehnten erlebt, weithin das beinahe völlige Aufhören jedes Widerstands der USA-Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Ordnung und gegen die Rüstungs- und Gewaltpolitik der herrschenden Klasse im besonderen.

Und dennoch: die Verlängerung der Lebensdauer des Kapitalismus durch massive Armeelieferungen, die der Staat in Auftrag gibt, ist allzu künstlich und namentlich allzu lebensgefährlich für das Volksganze, als daß sie mit Aussicht auf dauernden Erfolg weiterbetrieben werden könnte. Der Tag der Abrechnung ist nur hinausgeschoben, nicht aufgehoben. Schon jetzt zeigt die amerikanische Rüstungswirtschaft Störungssymptome, die die Staatslenker beunruhigen[3]. Die langsam nahende Inflation, der zunehmende Steuerdruck, die Verknappung gewisser Güter des zivilen Bedarfs, die Schwierigkeiten bei der Umstellung auf Kriegsproduktion, die da und dort zu massiven Arbeiterentlassungen geführt haben – das sind Erscheinungen, die auf die Dauer durch Forcierung der Aufrüstung kaum gemildert, sogar eher verschärft werden dürften. Anderseits aber könnte die amerikanische Wirtschaft in ihrer heutigen Verfassung eine *Verlangsamung* der Kriegsproduk-

[3] Senator MacMahon sagte am 18. September im Senat: «Ich kann vor mir nur zwei Endziele sehen: Militärische Sicherheit um den Preis einer wirtschaftlichen Katastrophe oder wirtschaftliche Sicherheit auf Kosten einer militärischen Katastrophe.» *Wenn* man schon einmal, von der Russenhysterie befallen, immer höher gesteigerte Kriegsrüstungen für unumgänglich erachtet, so ist diese Logik allerdings zwingend.

tion erst recht nicht mehr ertragen. Man hat das gesehen, als im vergangenen Sommer der Verbrauch ziviler Bedarfsgüter scharf zurückzugehen begann, vor allem derjenige von Automobilen, Kühlschränken, Radios, Fernsehapparaten und dergleichen, aber auch von Textilwaren und sonstigen notwendigen Artikeln. Normalerweise wäre dies das Signal für eine allgemeine Wirtschaftskrise gewesen, mit fortschreitendem Preiszerfall, mit Gewinnrückgang, Lohnkürzung, Arbeitslosigkeit, verminderten Kapitalanlagen und so fort. Tatsächlich sind diese Folgen aber nicht eingetreten, weil der Großverbraucher Staat den Ausfall im Volksverbrauch wettmachte und eine ständige Steigerung der Neuanlage von Kapital in der Produktion, mit entsprechender Erhöhung der Gewinne und Löhne, ermutigte. Wie aber, wenn die Rüstungskonjunktur einmal doch abflauen sollte? Wenn sich die Russen auf die große Kraftprobe, vor die sie die amerikanische Politik stellen will, doch nicht einließen oder die westeuropäischen Völker davon im letzten Augenblick zurückscheuten? Die amerikanischen Wirtschaftskapitäne mögen sich eine solche «Katastrophe» überhaupt nicht ausdenken. Lieber alles andere als das, lieber noch den Krieg, der «ja doch unvermeidlich» ist! Die «Detroit News» (6. Oktober 1951) warnten mit Recht:

«Unser Land kann nicht lange im Frieden oder in verhältnismäßigem Wohlstand leben, wenn es einmal in ein Heerlager verwandelt ist. Entweder wird es durch die Kosten des Militärapparats an den Bettelstab gebracht, und die Unterbindung der Versorgung seiner Zivilwirtschaft wird Krise und politische Demoralisation fördern, oder wir werden, um diese Übel abzuwehren, den Weg in den Krieg einschlagen, genau wie Hitler es getan hat. Unsere Zauberkraft ist nicht größer als die anderer Länder, die in der Vergangenheit dem Ruin entgegengegangen sind, weil sie diese gleiche furchtbare Wahl zu treffen hatten. So groß auch die Drohung von seiten Rußlands sein mag – wir müssen weiterhin die Gefahren auf uns nehmen, die von dorther kommen, anstatt die Plage eines verschanzten Militarismus über die Vereinigten Staaten zu bringen.»

Das politische Programm Alle Zeichen sprechen freilich dafür, daß die politischen und militärischen Führer der Vereinigten Staaten schon längst entschlossen sind, die «*Abrechnung mit dem Weltkommunismus*» in naher Zukunft zu erzwingen – «so oder so», wie Hitler zu sagen pflegte. Uneinigkeit bestand unter ihnen – wie wir schon früher zu zeigen Gelegenheit hatten – nur über den Zeitpunkt und den Schauplatz der entscheidenden Auseinandersetzung. Die «asiatische Schule», mit MacArthur als bekanntestem Vertreter, erachtete die Gelegenheit für günstig, den Korea-Krieg in aller Form auf China auszudehnen, die junge Volksrepublik mit überlegener Waffengewalt zu zerschlagen und vom Fernen Osten her die kommunistische Weltfront aufzurollen. Europa gegenüber haben diese Politiker und Strategen nur Mißtrauen; es würde ihnen genügen, auf unserem Kontinent gewisse Randstellungen festzuhalten und im Notfall die Sowjetunion von den rings um ihr Gebiet herum angelegten Militärstützpunkten aus anzupacken. Allein es war im Grunde bereits ent-

schieden, daß der Hauptstoß gegen die Bastionen des Weltkommunismus nicht in Asien, sondern von *Westeuropa* aus geführt werden müsse. Westeuropa ist für die Vereinigten Staaten sowohl militärisch und politisch wie auch wirtschaftlich von überragender Bedeutung. Es ist unvergleichlich viel zuverlässiger im Kampf gegen den Kommunismus als das für die soziale Revolution selbst so anfällige Asien. Es liegt geographisch für die Kriegführung gegen die Sowjetunion viel günstiger als Ostasien. Es bietet mit seinen materiellen und menschlichen Hilfskräften der amerikanischen Wehrwirtschaft die beste Stütze, die sich diese nur wünschen kann. Und es zeigte sich namentlich schon bald nach dem zweiten Weltkrieg bereit, amerikanische Wirtschafts- und Waffenhilfe zu den von Washington gestellten Bedingungen anzunehmen, während die asiatischen Länder das ablehnten und abgesehen von der wirtschaftlichen und militärischen Wiederaufrichtung Japans für Amerika wenig «interessant» sind. Anders Westeuropa. Wie Scott Nearing in seinen «World Events» (Herbst 1951) sagt:

«Hätte Westeuropa die amerikanische Hilfe abgelehnt, und gäbe es in den Vereinigten Staaten selbst keine Aufrüstung, so wäre die nordamerikanische Wirtschaft ohne einen größeren Krieg schon in den Jahren 1947/48 in einer katastrophalen Krise versunken... Der Entscheid (zugunsten Westeuropas) ist ein verhängnisvoller, weil er bedeutet, daß Washington all sein Geld auf eine einzige Karte – Aufrüstung – setzt und daß die Durchführung des Rüstungsprogramms von einem nur halbwegs beherrschten Gebiet abhängt, das außerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten liegt, nämlich von Westeuropa. Wann hat eine Herrenkaste in einem Zeitpunkt, da es um das Schicksal von Millionen Menschen ging, ein unverantwortlicheres und verzweifelteres Pokerspiel getrieben?

... Ich glaube, daß Marshall, Wilson und Truman Zeit, Kraft, Geld, Menschenleben und menschliche Wohlfahrt an das Europa von 1951 hin vergeuden, genau wie die gleiche Arbeitsgruppe Zeit, Kraft, Geld, Menschenleben und menschliche Wohlfahrt in den Jahren 1946 bis 1949 an Tschiang und seine chinesischen Nationalisten hin vergeudet hat. Dieses Dreigespann, das Armee, Wirtschaft und Politik vertritt, hat die Vereinigten Staaten in die Niederlage hineingeführt, als es 1946 das nationalistische China unterstützte. Es führt die Vereinigten Staaten wieder in Niederlage und Katastrophe hinein, wenn es jetzt, im Jahr 1951, Westeuropa unterstützt.»

Für die Folgerichtigkeit, mit der die amerikanische Außenpolitik ihren antikommunistischen Kurs steuert, ist es bezeichnend, daß jetzt einer der hauptsächlichen Planer der gewaltmäßigen «Eindämmung» des Weltkommunismus, George Kennan, zum Botschafter in Moskau ernannt worden ist. In einem kürzlich veröffentlichten Buch erklärt es Kennan zwar als seine Überzeugung, daß es «keine gefährlichere Täuschung gibt als die Vorstellung von einem totalen Sieg». Er warnt darum vor einer Überspitzung der «Eindämmungspolitik» und vor dem Versuch, die Sowjetunion und das kommunistische Regime zu zerschlagen. Aber R. Croßman, der im «New Statesman» (5. Januar 1952) Kennans Buch bespricht, weist mit Recht darauf hin, daß die amtliche Außenpolitik der Vereinigten Staaten gerade *diese* unheilvollen Konsequenzen aus dem Grundsatz der militärischen Zurückdrängung des Kommunismus ge-

zogen hat. «Das Weiße Haus und die Bundesversammlung», so stellt er fest, «geben sich noch immer der ‚Täuschung eines totalen Sieges' hin und haben den feinen Begriff eines geopolitischen Mächtegleichgewichts zu der vulgären Trugvorstellung vergröbert, militärische Stärke sei ‚die einzige Sprache, die die Russenkerle verstehen'.» Und er schließt mit der resignierten Bemerkung, alles, was Kennan mit seiner «Planpolitik» erreicht habe, sei gewesen, daß er «die moralischen Hemmungen der Machtpolitik beseitigt, die der Wilsonismus wie der Isolationismus jeder in seiner Art geschaffen hat, und eine intellektuelle Rechtfertigung für die demagogischen Ausschweifungen lieferte, die er so sehr verabscheut». Wie dem auch sei: Mr. Kennan wird in Moskau kaum viel mehr als der Handlanger der Geister sein können, die er gerufen hat. Das Programm, das er mitauszuführen berufen ist, hat sein Chef, Staatssekretär Acheson, bereits im März 1951 vor den Studenten und Professoren der kalifornischen Staatsuniversität Berkeley entwickelt; es sei um seiner grundsätzlichen Bedeutung willen hier in Erinnerung gerufen. Die sieben Punkte, die es umfaßt, sind die folgenden:

1. Die Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Japan müssen diese Länder frei machen. (Der inzwischen bereits abgeschlossene Vertrag mit Japan zeigt, welche Art Freiheit Mr. Acheson meint: Eingliederung der drei Länder in den Kampf gegen die Sowjetunion unter amerikanischer Führung.)

2. «In der ganzen Gruppe von Ländern, die wir als Satellitengebiet anzusehen gewohnt sind», müssen «ordnungsgemäße repräsentative Methoden» eingeführt werden. (Das heißt: der Sowjeteinfluß muß in diesen Ländern gebrochen und – wie es früher in Polen, Ungarn usw. schon der Fall war – eine parlamentarische «Demokratie» aufgerichtet werden, die die soziale Gegenrevolution durchzuführen hätte.)

3. Die Sowjetführer sollten «ihre Obstruktionspolitik in den Vereinten Nationen aufgeben» (also die regelmäßige Überstimmung der Sowjetunion durch die von den USA geführte Mehrheit widerspruchslos annehmen).

4. Die Sowjetunion muß «realistische und wirksame Vorkehrungen für die Kontrollierung der Atomwaffen und die allgemeine Rüstungsbeschränkung» annehmen. (Mit anderen Worten: Sie muß den ganz auf die amerikanischen Bedürfnisse zugeschnittenen Baruch-Plan gutheißen und ihre Atomkraftwirtschaft einer internationalen Behörde unterstellen, die ebenso wie die UNO von Amerika beherrscht wäre.)

5. Die Sowjetunion muß «indirekte Angriffshandlungen jenseits ihrer Landesgrenzen» einstellen. (Das heißt: Sie darf in keiner Weise die nationalen und sozialen Freiheitsbewegungen in Asien, Afrika und Europa begünstigen, während die Vereinigten Staaten beispielsweise die Gegenrevolution Tschiang Kai-sheks auf dem chinesischen Festland, die für das neue Jahr bereits ganz offen angekündigt worden ist, ebenso

unterstützen dürfen, wie sie Tschiang in seinem Kampf gegen die damals von Rußland nicht unterstützten chinesischen Kommunisten schon in den Jahren 1945 ff. alle erdenkliche Hilfe geleistet haben.)

6. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten müssen amtlichen Vertretern der Vereinigten Staaten volle Bewegungsfreiheit in ihrem Gebiet gewähren. (Wogegen nichts einzuwenden ist, sofern diese Freiheit nicht zur Spionage ausgenützt wird.)

7. Die Sowjetführer müssen aufhören, die Vereinigten Staaten und deren Verbündete propagandistisch anzugreifen. (Auch das ist plausibel, vorausgesetzt, daß Gegenrecht gehalten wird und auch die amerikanische Regierung ihren Einfluß auf Presse, Radio usw. dazu benützt, die rußlandfeindliche Propaganda zu mildern.)

Es ist unschwer zu sehen, daß die meisten dieser Forderungen auf eine politische Kapitulation der Sowjetrepublik hinauslaufen. Ja, sie passen sogar ausgezeichnet zu der These, die James Burnham in seinem Buch «Die kommende Niederlage des Kommunismus» vertritt, daß es nämlich «nur ein einziges mögliches Ziel der amerikanischen Außenpolitik geben könne: die Zerstörung der kommunistischen Macht» – dies auch dann, wenn man die Washingtoner Regierung im übrigen nicht für Burnhams Propaganda verantwortlich macht. Auf jeden Fall ruht auf dem Programm Achesons der ganze Rüstungs- und Stützpunktbau der Vereinigten Staaten, den der Generalstabschef Bradley als «die riesigste strategische Operation aller Zeiten» bezeichnet hat. Wenn aber diese Kriegsmaschine mehr oder weniger fertig montiert ist – wer kann im Ernst darauf vertrauen, daß sie dann *nicht* angelassen werde? Wie man einen Krieg provoziert, darin hat man ja in den Vereinigten Staaten etwelche Erfahrung. In seinem Buch «Präsident Roosevelt und der kommende Krieg» hat der amerikanische Schriftsteller George Morgenstern (vgl. «Esprit» 1951, Nr. 11, Seite 631 f.) offen dargelegt, wie Roosevelt alles ins Werk gesetzt habe, um die Japaner zu veranlassen, den ersten Schlag zu führen, was dann den Vereinigten Staaten die längst erwünschte Gelegenheit geben sollte, in den Krieg gegen die Achsenmächte einzutreten. Der Plan gelang, wie man weiß, nur zu gut. Wovor aber nicht einmal ein Roosevelt zurückschreckte, sollte das den Truman, Acheson und Kennan Bedenken machen? Die Interventionstechnik, die im Fall Korea angewandt wurde, kann auch bei irgendeiner Verwicklung in Osteuropa oder Deutschland wieder spielen, ohne daß eine Volksvertretung oder der Sicherheitsrat der UNO etwas zu sagen hätte, *bevor* die paar Staats- und Militärführer, auf die es ankommt, in Washington ihren Kriegsentschluß gefaßt haben ...

Amerikanische Schwäche Bei der Würdigung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten muß man freilich stets im Auge behalten, daß die Regierung Truman und die durch

sie vertretene Demokratische Partei unter stärkstem Druck ihrer *innerpolitischen* Gegner steht. Und da sich die oppositionellen Republikaner ohne viel Hemmungen des Antikommunismus wie überhaupt eines außenpolitischen Scharfmachertums als Mittel zur Stimmungsmache gegen die demokratische Administration bedienen, so ist diese beständig in Versuchung, statt solcher Propaganda aus Gründen der nationalen und internationalen Wohlfahrt zu wehren, ihr umgekehrt Zugeständnisse um Zugeständnisse zu machen, nur um ihre wahlpolitische Lage nicht zu verschlechtern. MacArthur, MacCarthy, MacCarran und ihre Freunde hätten niemals die Bedeutung erlangen können, die sie in der amerikanischen Politik tatsächlich gewonnen haben, hätten sich Truman, Acheson und ihre Anhänger nicht auf jenen charakterlosen Wettlauf um die Gunst der «öffentlichen Meinung» eingelassen, der dem Frieden der Welt nur abträglich sein kann. Der Linie des geringsten Widerstands zu folgen, mag sich parteitaktisch lohnen; wenn dabei höchste Menschheitsinteressen auf dem Spiel stehen, ist es einfach verantwortungslos.

Aber was will man? 1952 ist, wie man weiß, ein großes Wahljahr. Im Herbst wird der Präsident neugewählt und mit ihm das Abgeordnetenhaus sowie ein Drittel des Senats. Bereits haben die Vorgefechte für die Novemberschlacht begonnen. Und da ein Wechsel der regierenden Partei in den Vereinigten Staaten viel mehr persönliche und wirtschaftliche Interessen in Mitleidenschaft zieht, als dies in anderen kapitalistischen Demokratien der Fall ist, so setzt eben die jeweilen an der Macht (und an der Krippe) stehende Partei alles ein, um ihre Vorzugsstellung weiter zu genießen. Daß sie dabei auch vor schmerzhaften Eingriffen in ihren eigenen Organismus nicht zurückschreckt, zeigt die Säuberung, die Präsident Truman kürzlich in den Reihen seiner Beamtenschaft vorgenommen hat, soweit sie durch die *Steuerskandale* allzu sehr belastet erschien. Man kann zwar sicher sein, daß nur der kleinste Teil der Fälle, in denen sich Beamte der Finanzverwaltung von Steuerbetrügern bestechen ließen, ans Licht gekommen ist; angesichts der offenkundigen Bereitschaft der Republikaner, bei den Bundeswahlen diese üblen Dinge gegen die demokratische Administration auszuschlachten, blieb aber deren Chef doch nichts anderes übrig, als ein paar Sündenböcke in die Wüste zu schicken, um wenigstens nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als sei im übrigen alles in sauberster Ordnung. Um so weniger darf sich die Regierung Truman nun – wie sie meint – erlauben, der stets auf der Lauer liegenden Opposition Angriffsflächen in ihrer *Außenpolitik* zu bieten oder ihre Energie in der Bekämpfung der «kommunistischen Gefahr» im Lande selbst in Zweifel ziehen zu lassen. Es bleibt darum unabhängigen Einzelpersönlichkeiten, Vereinigungen und Zeitungen überlassen, den Kampf gegen den verhängnisdrohenden Kurs der amerikanischen Weltpolitik zu führen. Und das

geschieht auch gewiß nicht ohne gute Wirkung. «Die Erfolglosigkeit der USA in Korea und überall in der Welt», so lese ich in einem Privatbrief aus Amerika,

«und die dadurch mehr und mehr Leuten sichtbar werdende Wahnsinnspolitik der Verantwortlichen an der Spitze öffnet die Geister mehr und mehr der Wahrheit. Unser Friedensrat arbeitet seit kurzem in der Weise, daß kleine Gruppen von vier bis fünf Personen protestantische Pfarrer besuchen und eine Aussprache mit ihnen haben. Der Hauptzweck ist es, ihnen das Gewissen zu schärfen, indem wir darlegen, wie das ganze Unheil (das sie nun alle, soweit sie ehrlich sind, zugeben) nur dadurch möglich wurde, daß die Treiber das ‚Teile und herrsche', das ‚Haltet den Dieb' in Form der Kommunisten- und Russenhetze anwandten, um von ihren eigenen Taten abzulenken, um die Angst, als illoyal angesehen zu werden, für ihre Zwecke auszunutzen ... Während immer mehr stinkende Korruption in der Regierung des Nachfolgers von F. D. Roosevelt an die Oberfläche kommt – Verbrechen am Volk, begangen durch höchste Würdenträger –, während nicht *ein* Kommunist unter diesen Verbrechern zu finden ist, während hier in X. allein mehr als 100 000 Industriearbeiter eine zeitweilige Entlassung gerade jetzt zu Weihnachten erfahren mußten (weil die Einschränkung der Zivilfabrikation noch nicht durch die Waffenfabrikation ausgeglichen ist), steigt in den loyalen Herzen die Frage auf: Weshalb müssen unsere Boys in Korea verbluten und unsere Dollars in Kanonen umgesetzt werden?»

Allein es scheint mehr als zweifelhaft, ob aus solcher Beunruhigung und aus solcher Aufklärungsarbeit ein wirklicher Volkswiderstand gegen das Hineingleiten in den Kriegsstrudel erwachsen wird. Aus den Reihen der amerikanischen Arbeiterschaft kommt er vorerst sicher nicht; deren Organisationen lassen sich nicht nur durch die Rüstungskonjunktur mit ihren hohen Löhnen wieder beschwichtigen, falls sie etwa Oppositionsgelüste hätten; sie stellen sich auch mit größtem Eifer der Regierung zur Verfügung, um durch ihre internationalen Verbindungen und ihre reichen Geldmittel die offizielle Außenpolitik der Vereinigten Staaten im ganzen ihnen erreichbaren Ausland, besonders in Europa, zu stützen. «Der kalte Krieg», so schrieb letztes Jahr einmal die früher erwähnte «Business Week», «hat die Tätigkeit der großen amerikanischen Gewerkschaften zu einem Unternehmen des Außenministeriums gemacht.» So bleibt die Masse des amerikanischen Volkes in einer Zeit lebenswichtiger Entscheidungen ohne rechte Führung, ohne wirkliches Wissen um die Weltlage, weithin von tatenloser Ergebung in ein vermeintlich unkontrollierbares Schicksal erfüllt. Es ist kein Geringerer als Walter Lippmann, der gefeierte, im ganzen durchaus regierungstreue Journalist, der letzthin schrieb:

«Eine Stimmung stiller Verzweiflung hat große Teile des amerikanischen Volkes erfaßt. Die Amerikaner sind vom Gefühl befallen, nicht mehr in jenem Sinne frei zu sein, daß sie über ihr eigenes Leben nach ihrem eigenen Gutdünken bestimmen können. Sie sehen sich einem gewaltigen und steuerlosen Regierungskoloß ausgeliefert, der von sinnlosen Kräften hin und her geworfen wird ... In unserem Jahrhundert hat immer ein Krieg den nächsten provoziert ... Die furchtbare Wiederholung ist es, die in uns das Gefühl erweckt, als steckten wir in der Falle und als würden wir von einer Reihe sich folgender Kriege zerquetscht, bei denen wir dazu verdammt sind, immer dieselben schrecklichen Fehler zu begehen.»

Dabei sucht man uns immer noch glauben zu machen, in den bürgerlichen Demokratien sei von selbst dafür gesorgt, daß «sinnlose Kräfte» *nicht* über Völkerschicksale, insbesondere nicht über Krieg und Frieden, entscheiden könnten ...

Europäischer Widerstand Die Schwächlichkeit des Widerstands gegen Amerikas Kriegsvorbereitungen in den Vereinigten Staaten selber macht es um so notwendiger, daß sich die *europäischen* Völker gegen das drohende Unheil zur Wehr setzen. Und wenn man von Westdeutschland absieht, wo jetzt die Hoffnungen und Spekulationen auf eine Wiederherstellung der zusammengebrochenen Militärherrlichkeit sichtbar neuaufleben [4], so kann man auch tatsächlich feststellen, daß sich die westeuropäischen Völker der von der amerikanischen Gewaltpolitik ausgehenden Gefahren mehr und mehr bewußt werden. Das gilt namentlich von Frankreich, Italien und England. *Italiens* Regierungsschicht hat zwar jüngst die Genugtuung erhalten, daß die Westmächte, verstärkt durch Griechenland, Neuseeland und «Nationalchina» (!), ihr erlaubt haben, die Bestimmungen des italienisch-alliierten Friedensvertrags über die Beschränkung seiner Militärhoheit einseitig aufzuheben (von Rechts wegen hätte ja auch die Sowjetunion zustimmen müssen, wenn diese Vertragsrevision vorgenommen werden wollte). Aber daß damit die Bindung auch des italienischen *Volkes* an die Westmächte enger geworden wäre, dürfte kaum jemand behaupten, der etwas von dessen Gesinnung weiß. Ähnliches ist von der Wirkung (oder Wirkungslosigkeit) des Zusammenspiels der *französischen* Regierungskoalition mit den Vereinigten Staaten zu sagen. Unabhängige Beobachter, die Frankreich und Italien wirklich kennen, versichern, daß in beiden Ländern die Abneigung gegen die amerikanische Politik zunehme, wobei der Stimmungswandel, der sich in den letzten Monaten in Frankreich durchgesetzt habe, besonders offenkundig sei, und daß in beiden Ländern eine deutliche und sich ständig erweiternde Kluft zwischen Regierungskurs und Volkswillen bestehe. Viel hat dazu die Belastung beigetragen, der die Wirtschaft der westeuropäischen Länder durch die Kriegsrüstungen ausgesetzt ist. Aber noch mehr ist es die Einsicht in die Friedensgefährlichkeit der amerikanischen Politik, die

---

[4] Wie jetzt offiziell bekanntgegeben wird, soll der westdeutsche «Wehrbeitrag» eine Landarmee von 156 000 Mann, eine Luftwaffe von 75 000 Mann und eine Küstenwache von 25 000 Mann umfassen, zusammen 256 000 Offiziere und Soldaten. Mit einer solchen Kriegsmacht im Herzen unseres Kontinents werden die Westdeutschen spielend die sogenannte Europaarmee in die Tasche stecken und militärisch wie politisch das entscheidende Wort in Europa sprechen können. Nicht umsonst kämpfen sie mit solcher Hartnäckigkeit um ihre volle «Gleichberechtigung» innerhalb des Westbundes, das heißt gegen eine bloß untergeordnete Rolle, die sie als Lieferanten von Menschenmaterial für die Erreichung fremder Ziele zu spielen hätten. Sie wollen umgekehrt selbst bestimmen, was in Europa gespielt werden soll. Fortsetzung der Politik Hitlers mit anderen Mitteln!

überall Sorge und Unruhe verbreitet[5]. So kann denn auch Charles Favrel, den wir eingangs dieser Rundschau angeführt haben, am Schlusse seines offenen Briefes an den Durchschnittsamerikaner Smith schreiben:

«Indem ich so ausführlich von dem unduldsamen und unmenschlichen Auftreten der Amerikaner (in Korea) gesprochen habe, wollte ich Ihnen erklären, Mister Smith, warum Sie in unsern Augen die Gefahr Nr. 1 darstellen. Die andere Gefahr, die vom Osten, scheint uns unendlich viel ferner zu liegen und leichter zu bannen. Wenn es so weit käme, dann wäre Europa, wie ihm wohl bewußt ist, für den Muschik ein harter Knochen, der ihm im Hals stecken bliebe. Es weiß auch gut, daß die Russen nicht besonders darauf erpicht sind, sich an der westlichen Kultur zu reiben; es weiß, daß die Stunde seines Verfalls noch nicht geschlagen hat, daß die Welt seine Gegenwart noch auf lange hinaus braucht, und daß es andere Mittel als den Krieg gibt, um den Irrtum zu bekämpfen und zu besiegen. Ein solcher Krieg würde im übrigen sein Ziel verfehlen. Er würde ja für Europa nur eine Invasion bedeuten, Massenschlächtereien, Ruinen und blutige politische Erschütterungen, die zu ertragen die Völker nicht die moralische Kraft hätten.»

Was aber *England* betrifft, so ist gewiß wahr, daß Regierung wie Opposition das Bündnis mit Amerika für lebenswichtig ansehen. Aber ebenso wahr ist, daß in beiden Lagern die Besorgnis wächst, Großbritannien könne durch dieses Bündnis in einen vermeidbaren Krieg hineingerissen werden, wenn man sich auch Mühe gibt, dieser Besorgnis nicht in einer Weise Ausdruck zu geben, die den großen Freund jenseits des Wassers verletzen könnte. Immerhin sagte beispielsweise Geoffrey de Freitas, der als Unterstaatssekretär für das Flugwesen dem Kabinett Attlee angehörte, im Unterhaus unverhüllt:

«Es wird vielleicht eine Lage entstehen, worin unser Land in einen Krieg mit Rußland verwickelt wird und viele Leute unter uns glauben dürften, daß dieser Krieg durch Irrtum auf seiten Amerikas herbeigeführt wurde... Tatsache ist, daß es Menschen in unserem Lande gibt, die fürchten, daß sich die Amerikaner einer Etappe zu bewegen, in der schon die Andeutung, man könnte sich mit Rußland auch verständigen, als Verrat betrachtet würde.»

Und ähnlich, wenn auch gedämpfter, tönt es aus dem konservativen Lager. Daß Außenminister Eden diese Sorgen teilt, ist kein Geheimnis; vielleicht steigen sogar Churchill allmählich Bedenken über das Ende des Weges auf, auf den sein Land zu führen er sich solche Mühe gegeben hat. Sicherlich müssen sich aber die westeuropäischen *Völker* klar darüber werden, was ihnen bevorsteht, wenn die Fahrt in der Richtung weitergeht, in der verblendete Steuerleute sie lenken. Treibt das Schiff, in dem wir alle sitzen, schon unmittelbar dem Niagara zu, dann ist es zu spät zum Aussteigen!

7. Januar. *Hugo Kramer.*

---

[5] Nicht von ungefähr treibt Amerika solch eine Riesenpropaganda in Europa durch Wort und Schrift. Zu der «Stimme Amerikas» ist nun auch «Radio Frei Europa» gekommen, dessen Münchner Sender allein tausend Personen beschäftigen soll. Zwei neue Sender seien im Bau.